



Bundesministerium für Gesundheit, 53107 Bonn

**MCS Patienten-Initiative gegen Diskriminierung**

REFERAT 332  
BEARBEITET VON Monika Grumbt-Kliche  
HAUSANSCHRIFT Rochusstraße 1, 53123 Bonn  
POSTANSCHRIFT 53107 Bonn  
TEL +49 (0)228 99 441-3233  
FAX +49 (0)228 99 441-4908  
E-MAIL monika.grumbt-kliche@bmg.bund.de  
INTERNET www.bmg.bund.de

Bonn, 30. Juli 2008

AZ 332b-

**Beschwerde gegen die Deutsche Rentenversicherung Bund, Krankenversicherungen  
und Berufsgenossenschaft;**

**Ihr Schreiben vom 11. Juni 2008 an das Bundesversicherungsamt in Bonn**

Sehr geehrte Frau

Ihr Schreiben vom 11. Juni 2008 wurde uns vom Bundesversicherungsamt hinsichtlich der medizinischen Fragestellungen zu umweltbezogenen Erkrankungen zugeleitet.

Das Bundesministerium für Gesundheit nimmt die Problematik umweltbezogener Erkrankungen ernst und setzt sich nachdrücklich dafür ein, zu einer Besserung der Situation der Betroffenen beizutragen.

Bei der Einschätzung von umweltassoziierten Erkrankungen ist vor allem problematisch, dass die Datenlage nur selten gesicherte Rückschlüsse auf Ursachen und Entstehung der Beschwerden zulässt. Als „Multiple Chemikalienüberempfindlichkeit“ (MCS) wird ein Symptomenkomplex mit Allgemeinsymptomen wie Müdigkeit, Abgeschlagenheit, psychischen Beeinträchtigungen und Störungen verschiedener Organsysteme bezeichnet. Diese Symptome werden von den betroffenen Personen mit der Exposition gegenüber Chemikalien unterschiedlicher Art in Verbindung gebracht, wobei schon Konzentrationen, die andere Menschen ohne Schwierigkeiten vertragen, zu Symptomen führen sollen. Eine klare und allgemein anerkannte Definition, welche Symptome zu MCS gehören, und gesicherte Kenntnisse, welche Ursachen dafür verantwortlich sind, existieren bisher nicht. Dies

erschwert die Situation der Betroffenen, die oft unter einem erhöhten Leidensdruck stehen und sich häufig missverstanden und allein gelassen fühlen.

Um substantielle Verbesserungen im Schnittstellenbereich Umwelt und Gesundheit zu erreichen, haben die Ressorts Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz gemeinsam ein Aktionsprogramm Umwelt und Gesundheit (APUG) initiiert. Das APUG hat sich zum Ziel gesetzt, zu einem besseren Verständnis über die Zusammenhänge zwischen Umwelt und Gesundheit zu verhelfen und gleichzeitig die Instrumentarien und die Erkenntnisse zu verbessern, um umweltbedingten Gesundheitsrisiken vorzubeugen. Neben Forschungsarbeiten, die unter [www.apug.de](http://www.apug.de) begerufen werden können, ist eine ausreichende umweltmedizinische Qualitätssicherung Voraussetzung für eine möglichst sachgerechte Auseinandersetzung mit umweltbedingten Erkrankungen. Einen Beitrag hierzu liefert die beim Robert Koch-Institut (RKI) eingerichtete Kommission „Methoden und Qualitätssicherung in der Umweltmedizin ([www.rki.de](http://www.rki.de)).“

Bezüglich der Anerkennung umweltbedingter Erkrankungen, wie zum Beispiel MCS, durch die gesetzlichen Krankenkassen ist folgendes anzumerken: Versicherte der gesetzlichen Krankenkassen haben Anspruch auf Krankenbehandlung, wenn sie notwendig ist, um eine Krankheit zu erkennen, zu heilen, ihre Verschlimmerung zu verhüten oder Krankheitsbeschwerden zu lindern. Welche Ursachen zu einer Erkrankung geführt haben, ist dabei grundsätzlich ohne Belang. Deshalb wird auch bei Versorgungsangeboten nicht danach unterschieden, ob die Erkrankungen, auf die eine Behandlung abzielt, durch Umweltbelastungen oder andere Faktoren bedingt sind.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

  
Monika Grumbt-Kliche

